

Nützliche Abkürzungen zu Themenbereichen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit Links zu weiterführenden Webseiten

Legende:

blau: Institutionen (EU-Ebene, Bundes- und Landesweit)

grün: Agrar-, Land- und Wasserwirtschaft, Umwelt

rot: Richtlinien, Verordnungen, Regelwerke, Portale

Agrar-, Land- und Wasserwirtschaft, Umwelt

AGZ	Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete	Instrument zur flächendeckenden Erhaltung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten. Benachteiligte Gebiete weisen Grenzertragsstandorte auf, auf denen infolge erschwerter Bedingungen die Tendenz zur Aufgabe der landwirtschaftlichen Produktion höher ist als in anderen Gebieten.	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/ueber-die-europaeischen-struktur-und-investitionsfonds/eler/eplr/eler-massnahmen-im-ueberblick/tier-und-flaechenbezogene-massnahmen/ausgleichszulage-fuer-benachteiligte-gebiete/
AFP	Agrarinvestitionsförderprogramm	Zentrales Programm zur Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland.	https://alff.sachsen-anhalt.de/alff-sued/landwirtschaft/agrarinvestitionsfoerderprogramm-afp/
BienSchV	Bienenschutzverordnung	Die Bienenschutzverordnung ist eine rechtlich verbindliche Vorschrift, die die Anwendung bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel regelt. Bienen sind für viele Pflanzenarten wichtige Bestäuber. Nur aus einer bestäubten Blüte können sich die Samen der Frucht entwickeln.	https://www.gesetze-im-internet.de/bienschv_1992/BJNR014100992.html
BImSchV	Bundes-Immissionsschutzverordnung	Ist eine Rechtsverordnung der Bundesregierung, die aufgrund einer Ermächtigung im Bundes-Immissionsschutzgesetz erlassen werden kann. Sie bedarf gem. Art. 80 Abs. 2 GG der Zustimmung des Bundesrates.	https://www.gesetze-im-internet.de/bimschg/BJNR007210974.html
CMEF	Common Monitoring and Evaluation Framework	Gemeinsamer Überwachungs- und Bewertungsrahmen, der für die Bewertung der Leistungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verantwortlich ist.	https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/cmef_de
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft	Der EGFL hilft den Landwirt*Innen in der EU, eine stabile Versorgung mit sicheren, gesunden und erschwinglichen Lebensmitteln zu gewährleisten. Die EU-Länder können den EGFL auch zur Finanzierung spezieller Regelungen nutzen, um kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, Landwirte, die in Gebieten mit naturbedingten Nachteilen tätig sind, und Sektoren, die sich in Schwierigkeiten befinden, zu unterstützen. Aus dem EGFL werden auch Maßnahmen zur Förderung und Stabilisierung der Agrarmärkte finanziert. Diese Maßnahmen laufen im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte.	https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/106/die-finanzierung-der-gemeinsamen-agrarpolitik
EIP-Agri	Europäische Innovationspartnerschaft "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit"	Die EIP-Agri soll Anreize für die projektbezogene Zusammenarbeit von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft schaffen. Insbesondere soll ein Brückenschlag zwischen Praxis und Forschung erreicht werden. In Projekten sollen innovative Lösungen für praktische land- und forstwirtschaftliche Frage- und Problemstellungen gefunden werden.	https://lwwa.sachsen-anhalt.de/das-lwwa/landwirtschaft-umwelt/agrarwirtschaft-laendliche-raeume-fischerei-forst-und-jagdhoheit/marktstruktur-haushalt/europaeische-innovationspartnerschaft/
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums	Der ELER fördert die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums in der Europäischen Union. Dieser Fonds ist neben dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) eines der beiden Finanzierungsinstrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Prioritäten:	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/ueber-die-europaeischen-struktur-und-investitionsfonds/eler/
		P 1: Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten	
		P 2: Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen und Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung	
		P 3: Förderung der Organisation der Nahrungsmittelkette, einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft	
		P 4: Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme	

		<p>P5: Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft</p> <p>P 6: Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten</p>	
EMAS (EU-Öko-Audit)	Eco Management and Audit Scheme	Ist ein von der Europäischen Kommission entwickeltes Instrument für Unternehmen und andere Institutionen, anhand welchem die eigene ökologische Performance evaluiert, messbar gemacht und nachhaltig verbessert werden kann.	https://ec.europa.eu/environment/emas/index_en.htm
EMFAF	Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds	Der Fonds dient der Finanzierung von Maßnahmen zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) sowie der integrierten Meerespolitik (IMP) der Europäischen Union. Mit dem EMFAF sollen Prioritäten für die nachhaltige Entwicklung des Fischerei- und Aquakultursektors und der damit verbundenen Tätigkeiten umgesetzt werden.	https://ec.europa.eu/oceans-and-fisheries/funding/emfaf_en
EPLR	Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum	Für die Erstellung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt (EPLR) wurden fünf Ländliche Entwicklungsprioritäten identifiziert:	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/ueber-die-europaeischen-struktur-und-investitionsfonds/eler/eplr/
		Ländliche Entwicklungspriorität 1: Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländl. Gebieten	
		Ländliche Entwicklungspriorität 2: Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen und Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung	
		Ländliche Entwicklungspriorität 3: Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette, einschl. der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft	
		Ländliche Entwicklungspriorität 4: Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme	
		Ländliche Entwicklungspriorität 5: Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft	
		Ländliche Entwicklungspriorität 6: Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländl. Gebieten	
F2F	Farm-to-Fork Strategie; ugs. Vorgehensweise: "Vom Hof auf den Teller"	Die F2F liefert den Beitrag eines nachhaltigen Ernährungssystems zum europäischen Green Deal. Zum ersten Mal wird in der EU das gesamte Ernährungssystem betrachtet – von der Erzeugung bis zum Verbraucher. Ziele sind z.B. die Bodenfruchtbarkeit und Produktivität erhalten, ein gerechtes Einkommen für Landwirte, nachhaltig erzeugte Lebensmittel zu angemessenen Preisen sichern.	https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eu-agrarrat-1803234 https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en
GAK-Gesetz	Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	Die GAK ist das wichtigste nationale Förderinstrument zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft, Entwicklung ländlicher Räume und zur Verbesserung des Küsten- und Hochwasserschutzes.	https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/foerderung-des-laendlichen-raumes/gemeinschaftsaufgabe-agrarstruktur-kuestenschutz/gak.html
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	Die GAP unterstützt Landwirte und gewährleistet Europas Nahrungsmittelversorgung. Sie wurde 1962 eingeführt und stellt eine Partnerschaft zwischen der Gesellschaft, Europa, seinen Landwirten und der Landwirtschaft dar. Die GAP ist eine gemeinsame Politik für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie wird aus den Mitteln des EU-Haushalts auf europäischer Ebene finanziert und verwaltet.	Die GAP im Überblick (europa.eu)
		GAP-Direktzahlungen-Gesetz – GAPDZG	http://www.gesetze-im-internet.de/gapdzg/
		GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz - GAPInVeKoSG	http://www.gesetze-im-internet.de/gapinvekosg/index.html#BJNR352300021BJNE001800000
		GAP-Konditionalitäten-Gesetz – GAPKondG	http://www.gesetze-im-internet.de/gapkondg/
		GAP-Direktzahlungen-Verordnung	http://www.gesetze-im-internet.de/gapdzv/GAPDZV.pdf

GFN	Geografischer Flächennachweis	Wird bspw. bei Anträgen auf flächenbezogene Beihilferegelungen und Stützungsmaßnahmen benötigt. Der Geografische Flächennachweis (GFN) beinhaltet den Nutzungsnachweis mit Angaben zu den Gesamtparzellen, Teilflächen und den geografischen Teil zu den Flächen.	https://www.inet17.sachsen-anhalt.de/webClient_ST_P/public?disposition=inline&resource=ST22_FL_Ausfuellhinweise.pdf
GAP-SP	GAP-Strategieplan	Der GAP-Strategieplan setzt Förderschwerpunkte im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes sowie einer krisenfesten Landwirtschaft und attraktiver ländlicher Räume.	https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan.html#:~:text=Der%20GAP%20%2DStrategieplan%20unt%20erst%20eine,festigkeit%20der%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4ume%20bei.
GLÖZ	Cross-Compliance Vorschriften; Guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand von Flächen	Zielsetzungen für den GLÖZ in der Förderperiode 2023-2027: Bindung der Auszahlung öffentlicher Gelder, insbesondere von Agrarsubventionen, an die Einhaltung rechtlicher oder ethischer Standards aus Bereichen außerhalb des erklärten vorrangigen Zweckes dieser Fördermittel. In Sachsen-Anhalt betreffen die Anforderungen an die Erhaltung von Flächen im GLÖZ ab 2023 neun Standards:	https://mw.sachsen-anhalt.de/landwirtschaft/landwirtschaft-in-sachsen-anhalt/cross-compliance/
		GLÖZ 1: Erhaltung von Dauergrünland (ehem. Greening)	
		GLÖZ 2: Schutz vor Feuchtgebieten (neu)	
		GLÖZ 3: Erhalt der organischen Substanz	
		GLÖZ 4: Schaffung von Pufferstreifen	
		GLÖZ 5: Erosionsminderung	
		GLÖZ 6: Mindestbodenbedeckung in sensiblen Zeiten	
		GLÖZ 7: Fruchtwechsel auf Ackerland	
		GLÖZ 8: nichtproduktive Flächen und Landschaftselemente	
GLÖZ 9: Umbruchverbot von DGL in N2000-Gebieten (ehemals Greening/sensibles DGL, erweitert auf DGL in Vogelschutzgebieten)			
GPP	Green Public Procurement (umweltgerechte öffentliche Auftragsvergabe)	Ist ein Instrument, das genutzt wird, um Konsumenten und öffentliche Einrichtungen innerhalb der Union zu einem nachhaltigen Konsum und der Produktion von Gütern, Services und Dienstleistungen zu bewegen. Insbesondere wird im Prozess der Herstellung von Gütern auf eine umweltschonende Art und Weise Wert gelegt.	About GPP - Environment - European Commission (europa.eu)
HNV-Indikator	High Nature Value-Indikator	Indikator, der eine landwirtschaftliche Fläche mit hohem Naturwert angibt.	https://www.bfn.de/monitoring-von-landwirtschaftsflaechen-mit-hohem-naturwert
HOAI	Honorarrechnung für Architekten und Ingenieure	Die HOAI stellt die Vergütung von Planungsleistungen von Architekt*Innen und Ingenieur*Innen in den Bereichen des Bauwesens, der Architektur und der Stadtplanung dar. Nicht eingeschlossen sind Ingenieur*Innen in den Bereichen Vermessungswesen, Bauphysik, Umweltverträglichkeit und Bodenmechanik.	https://www.hoai.de/hoai/volltext/hoai-2021/
ILE	Integrierte ländliche Entwicklung	Die ILE ist als interkommunaler Entwicklungsprozess unter aktiver Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden angelegt. Neben Vernetzung, Planung und Umsetzung übernimmt die ILE immer stärker eine moderierende und koordinierende Funktion. Ein wesentliches Instrument der ILE sind die Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK). Mit ihrer Hilfe wird der Einsatz von Dorferneuerung, Flurneuordnung und anderer Programme zielgerichtet aufeinander abgestimmt.	
LAG	Lokale Aktionsgruppe	Lokale Aktionsgruppen (LAG) entwerfen die von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Strategien für lokale Entwicklung (LES) und führen sie durch. Sie setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern lokaler öffentlicher und privater sozioökonomischer Interessengruppen zusammen (z. B. Behörden, Unternehmen, Vereine, Verbände und Privatpersonen).	https://leader.sachsen-anhalt.de/leader-und-clld-2021-2027/
LEADER	Liaison entre les actions de développement de l'économie rurale	Der Kern der LEADER/CLLD-Förderung ist der Bottom-Up-Ansatz. Unumstößlich definiert dieser Ansatz, was LEADER/CLLD auszeichnet, nämlich die Entscheidungen über die Bedürfnisse der Region direkt durch die Menschen der Region.	https://mw.sachsen-anhalt.de/landwirtschaft/laendlicher-raum/leader/
LES	Lokale Entwicklungsstrategie	Eine von der örtlichen Bevölkerung betriebene Strategie für lokale Entwicklung (Lokale Entwicklungsstrategie) wird von jeder Lokalen Aktionsgruppe zu Beginn einer Förderperiode aufgestellt. Sie bildet die Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit der lokalen Aktionsgruppe (LAG).	https://leader.sachsen-anhalt.de/service/glossar/

LIFE	L'Instrument Financier pour l'Environnement	EU-Förderprogramm, das Umwelt-und Naturschutzvorhaben finanziell unterstützt.	https://cordis.europa.eu/programme/id/ENV-LIFE-3/de
OGewV	Oberflächengewässerverordnung	Zum Schutz der Oberflächengewässer wurde 2016 die Oberflächengewässerverordnung erlassen, deren Begriffsbestimmung der Wasserrahmenrichtlinie folgt. Als Oberflächengewässer werden die oberirdischen Gewässer einschließlich der Übergangsgewässer plus die Küstengewässer bezeichnet.	https://www.gesetze-im-internet.de/ogewv_2016/OGewV.pdf
ÖL / ÖLB	Ökolandbau	Ist eine besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Wirtschaftsform, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Mit 15,87 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2021 ist Deutschland weiterhin der größte Markt für Bio-Lebensmittel in Europa. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Unternehmen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen des Landes Sachsen-Anhalt beträgt 14,9 %.	https://llg.sachsen-anhalt.de/direkt-zu/koordinierungsstelle-oekologische-produktion/oekologischer-landbau-in-sachsen-anhalt/
RZWas	Richtlinie zur Gewährung von wasserwirtschaftlichen Vorhaben	Das Land Sachsen-Anhalt fördert wasserwirtschaftliche Vorhaben, die öffentlichen Interessen dienen und die ohne Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können. Der Bau kommunaler Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen wird gefördert, um die Beiträge und Gebühren dafür herabzusetzen.	https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/VVST-VVST000012017
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung	Das UVPG ist eines der vielfachen Gesetze der BRD, welches die Prüfung der Umweltverträglichkeit bei Vorhaben, die aufgrund ihrer Art, Größe oder ihres Standortes erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können, regelt.	https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/
Institutionen (EU-Ebene, Bundes- und Landesweit)			
ALFF	Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt	Als landwirtschaftliche Fachbehörde vertritt das ALFF Anhalt die Interessen der Land- und Forstwirtschaft. Es ist außerdem Vollzugsbehörde in Angelegenheiten der Tierzucht, des Tierschutzes, der Tierhaltung und des Pflanzenschutzes. Das ALFF Anhalt ist darüber hinaus Bewilligungsbehörde für verschiedene Fördermaßnahmen und Beihilfen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich. Diese Zuwendungen werden zum großen Teil im Rahmen des Integrierten Verwaltungs- und Kontroll-Systems (InVeKoS) ausgezahlt.	https://alff.sachsen-anhalt.de/
BA / BGA	Begleitausschuss	Der Begleitausschuss ist zuständig für die Überwachung und Begleitung der Operationellen Programme (OP) EFRE und ESF sowie für das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) im Land Sachsen-Anhalt. Er ist ein nach Artikel 47 ff. VO (EU) Nr. 1303/2013 zur Begleitung der Umsetzung eines Operationellen Programms einzurichtendes Gremium und tagt regelmäßig bzw. mindestens zwei- bis dreimal im Jahr.	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/ueber-die-europaeischen-struktur-und-investitionsfonds/begleitausschuss/
BLAK	Bund-Länder-Arbeitskreis	Die Fachreferate der Bundesregierung, die für die ESIF in Deutschland zuständig sind, haben fondsspezifische Arbeitskreise für die Verwaltungsbehörden eingerichtet, die sogenannten Bund-Länder-Arbeitskreise.	
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Die Politik steht in der Pflicht, die sozialen Systeme funktionsfähig zu halten, für soziale Integration zu sorgen und die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen. Diese Aufgaben berühren viele Politikfelder. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) strebt ressortübergreifende Lösungen an und stimmt seine Maßnahmen mit Ländern und Kommunen ab, sofern diese betroffen sind.	https://www.bmas.de/
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bildung, Forschung und Innovation sind die zentralen Handlungsfelder für Deutschlands Zukunft. Dafür investiert die Bundesregierung zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe. Das BMBF hat die Weichen zu mehr Wachstum und Innovation erfolgreich gestellt.	https://www.bmbf.de/bmbf/de/home/home_node.html
BMDV	Bundeministerium für Digitales und Verkehr	Das Ministerium nimmt mit seinen nachgeordneten Behörden die Ressortaufgaben auf den Gebieten wahr, die die Mobilität von Personen, Gütern und Daten betreffen. Die Zuständigkeit erstreckt sich auf die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (Bundesfernstraßen, Eisenbahnnetze, Wasserstraßen und Luftverkehrswege) sowie auf die flächendeckende Verfügbarkeit moderner Breitbandnetze. Zum Aufgabenspektrum gehören die rechtliche Ordnung und die Gewährleistung der Sicherheit der jeweiligen Verkehrsträger sowie die Planung und Finanzierung von Investitionen zur Erhaltung und zum Ausbau der Infrastrukturen. Das BMDV ist auch zuständig für Aufgaben der zivilen Notfallvorsorge sowie der präventiven Gefahrenabwehr und Krisenbewältigung bei den einzelnen Verkehrsträgern.	https://www.bmvi.de/DE/Home/home.html
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) versteht sich als Lebensministerium und ist zuständig für wesentliche Alltagsfragen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dazu gehören gesundes Essen, transparente Kennzeichnung, Wertschätzung für Lebensmittel und nachhaltige Erzeugung.	https://www.bmel.de/
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Das vielseitige Aufgabenspektrum des BMFSFJ lässt sich in unterschiedliche Kategorien einteilen: Familie, Senioren, Frauen, Kinder und Jugendliche, Wohlfahrtspflege, Freiwilligendienste und bürgerschaftliches Engagement.	https://www.bmfsfj.de/

BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Das BMG konzentriert seine Arbeit auf die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Zu den zentralen Aufgaben zählt, die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Pflegeversicherung zu erhalten, zu sichern und fortzuentwickeln. Des Weiteren ist die Reform des Gesundheitssystems eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums. Ziel ist es, die Qualität des dt. Gesundheitssystems weiterzuentwickeln, die Interessen der Patient*Innen zu stärken, die Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten und die Beitragssätze zu stabilisieren. Ein weiterer Schwerpunkt des Ministeriums im Gesundheitsbereich ist der Gesundheitsschutz, die Krankheitsbekämpfung und die Biomedizin.	https://www.bundesgesundheitsministerium.de/
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	Das BMUV kümmert sich federführend um die Umweltpolitik bzw. die Belange des Umwelt- und Naturschutzes.	https://www.bmu.de/
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	Zielsetzungen des konkreten politischen Handelns des BMWi: KMU und Existenzgründer stärken; Investitionen ankurbeln, Bürokratie abbauen; Digitalisierung der Industrie und des Mittelstands forcieren; die Energiewende mit Augenmaß vorantreiben; Europäische Wirtschafts- und Währungsunion fortentwickeln.	https://www.bmwk.de/
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Das BMZ entwickelt die Leitlinien und Konzepte deutscher Entwicklungspolitik. Es bestimmt die langfristigen Strategien der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren und definiert die Regeln für ihre Durchführung. Aus dieser Grundsatzarbeit werden anschließend mit den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und mit den entwicklungspolitisch tätigen internationalen Organisationen gemeinsame Vorhaben entwickelt.	https://www.bmz.de/de
COESIF	Coordinated Committee for the European Structural and Investment Funds	Koordinierungsausschuss für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds.	https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/glossary/c/coesif
DCRN	Demographic Change Regions Network	Im Jahr 2006 haben mehrere europäische Regionen ein europäisches Demografienetzwerk gegründet, um sich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen. Das Netzwerk ist offen für neue Mitglieder. Es basiert auf der Struktur der »flexiblen Geometrie«. Das bedeutet, es dient als Plattform für einen Erfahrungsaustausch, ohne die Mitglieder in der Möglichkeit eigener Projekte auch außerhalb des Netzwerkes einzuschränken. Die Mitglieder des DCRN sind mit der Europäischen Kommission in engem Kontakt, um die Probleme vor Ort den handelnden Personen in Brüssel näher zu bringen.	
GD EMPL	Generaldirektion Beschäftigung	Ist zuständig für die Entwicklung und Umsetzung der Kommissionsstrategien in den Bereichen: Beschäftigung und Soziales sowie Allgemeine und berufliche Bildung.	https://ec.europa.eu/info/departments/employment-social-affairs-and-inclusion_de
GD REGIO	Generaldirektion Regionalpolitik	Ist zuständig für die Entwicklung und Umsetzung der Kommissionsstrategien im Bereich Regionalpolitik.	https://ec.europa.eu/info/departments/regional-and-urban-policy_de
EAG / Euratom	Europäische Atomgemeinschaft	Auf europäischer Ebene ergibt sich die atomvertragliche Verknüpfung der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Der EAG-Vertrag gehört zu den Römischen Verträgen aus dem Jahr 1957 und wurde seither in Kernanliegen nicht geändert (Einstimmigkeitsprinzip). Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) teilt sich mit der Europäischen Union sämtliche Organe, ist jedoch eine eigenständige Institution.	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012A/TXT&from=DE
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (European Free Trade Association)	Wurde im Jahr 1960 mit dem Ziel gegründet, parallel zur Errichtung der Zollunion in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zwischen den Mitgliedstaaten Freihandel für Industriegüter einzuführen, um dadurch die Errichtung einer ganz Westeuropa umfassenden grossen europäischen Freihandelszone zu erleichtern. Gründungsmitglieder der EFTA waren Grossbritannien, Dänemark, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und Portugal. Der Vertrag trat am 3. 5. 1960 in Kraft. Finnland trat der EFTA 1961 als assoziiertes Mitglied bei und ist seit 1970 Vollmitglied. Weitere Vollmitglieder wurden 1970 Island und 1991 das Fürstentum Liechtenstein. In der EFTA sollte die Abschaffung der Zölle und quantitativen Handelsbeschränkungen entsprechend dem Abbau der Handelshemmnisse in der EWG bis zum 1.1. 1970 erfolgen. Aktuell hat die EFTA vier Mitgliedsländer: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Sie ist der drittgrößte Handelspartner der EU. Ihre vier Mitglieder haben gut entwickelte Volkswirtschaften und stehen der Europäischen Union geografisch, politisch und kulturell nahe.	https://www.efta.int/

EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund (European Trade Union Confederation)	Wurde 1973 gegründet. Er vertritt 82 nationale Gewerkschaftsbünde aus 36 Ländern und 12 europäische Branchenverbände mit insgesamt 60 Millionen Mitgliedern. Als Vertreter der europäischen ArbeitnehmerInnen ist der EGB direkt an den europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Er kann mit den europäischen Arbeitgeberverbänden Vereinbarungen abschließen. Auf Beschluss des Rats und des Europäischen Parlaments können diese Rechtsstatus erlangen. Der EGB hat wichtige Richtlinien zu Arbeitnehmerrechten mitformuliert, u.a. zur Teilzeitarbeit und zum Elternurlaub.	https://www.etuc.org/en
EGKS (Montanunion)	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	Die EGKS (Montanunion) ist 1951 als supranationale Organisation von BEL, FRA, ITA, LUX, NLD und der BRD gegründet worden. Der Gründungsvertrag trat am 23.7.1952 in Kraft und etablierte die erste Organisation des europäischen Integrationsprozesses. Ziel war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes (ohne Zölle, Subventionen etc.) für Kohle, Eisenerz, Stahl und Schrott. Die Bedeutung der EGKS nahm in dem Maße ab, wie die Montanerzeugnisse an wirtschaftlicher Bedeutung verloren. Der Vertrag endete als einziger befristeter Vertrag im Bereich der europäischen Integration am 23.7.2002.	https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/europaeische-gemeinschaft-fuer-kohle-und-stahl-egks--615310
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	Der EGMR urteilt über Beschwerden einzelner Personen sowie Personengruppen und Staaten, die sich auf Verletzungen der in der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte beziehen. Seit 1998 ist der EGMR ein ständig tagender Gerichtshof. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden.	https://echr.coe.int/Pages/home.aspx?p=home
EIB	Europäische Investitionsbank	Die Europäische Investitionsbank (EIB) unterstützt die Ziele der Europäischen Union durch die Bereitstellung von langfristigen Projektfinanzierungen, Garantien und Beratung. Gefördert werden sowohl Projekte innerhalb als auch außerhalb der EU. Ihre Anteilseigner sind die Mitgliedstaaten der EU. Die EIB ist Hauptanteilseigner des Europäischen Investitionsfonds (EIF) und bildet mit ihm zusammen die EIB-Gruppe.	https://www.eib.org/de/index.htm
EK / KOM	Europäische Kommission	Die EK ist das ausführende Organ der Union (= Exekutive). Sie besteht aus 27 Mitgliedern – je eines pro Mitgliedstaat. Ihre Aufgabe ist es, die Wahrung der Europäischen Verträge zu gewährleisten und die europäische Integration voranzutreiben. Außerdem hat die Kommission als einziges Organ das Initiativrecht im europäischen Gesetzgebungsverfahren. Allein sie kann die Gesetzesvorschläge einbringen, über die der Ministerrat und das Europäische Parlament dann verhandeln.	https://ec.europa.eu/info/index_de
EP	Europäisches Parlament	Das EP ist ein wichtiges Forum für die politische Debatte und die Beschlussfassung auf EU-Ebene. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Wählern in allen Mitgliedstaaten gewählt. Das Parlament vertritt somit die Interessen der Menschen im Hinblick auf die EU-Gesetzgebung und stellt sicher, dass die Arbeitsweise der anderen EU-Organe demokratischen Grundsätzen folgt.	https://www.europarl.europa.eu/portal/de
ERC	Europäischer Forschungsrat (European Research Council)	Eine Institution zur Finanzierung von Grundlagenforschung.	https://erc.europa.eu/
ERCC	Emergency Response Coordination Center/ Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen	Das ERCC ist der funktionale Kern des EU-Katastrophenschutzverfahrens und koordiniert die Bereitstellung von Hilfsgütern, Fachwissen, Katastrophenschutzteams und Spezialausrüstung für die von einer Katastrophe betroffenen Länder. Es sorgt für die rasche Bereitstellung von Soforthilfe und fungiert als Zentrale für die Koordinierung zwischen allen EU-Mitgliedstaaten, sechs zusätzlichen Teilnehmerstaaten, und Großbritannien während der Übergangsphase, dem betroffenen Land und den Experten des Katastrophenschutzes und der humanitären Hilfe. Das ERCC ist rund um die Uhr und an sieben Tagen der Woche in Betrieb und kann jedes von einer Katastrophe größeren Ausmaßes betroffene Land innerhalb oder außerhalb der EU auf Ersuchen der nationalen Behörden oder einer UN-Einrichtung unterstützen.	https://erccportal.jrc.ec.europa.eu/
ERRIN	European Regions Research and Innovation Network	Innovationsnetzwerk mit Sitz in Brüssel, welches 2001 gegründet wurde. Mehr als mittlerweile 120 Unternehmen aus 20 verschiedenen Ländern sind Teil des Verbundes, welcher sich um den Aufbau, die Unterstützung sowie die Erschließung neuer innovativer Forschungsideen und Kapazitäten kümmert. Das Netzwerk steht in engem Austausch mit den Institutionen der EU und anderen Organisationen, die regionale und lokale Dimensionen hinsichtlich dem Thema Forschung und Innovation erforschen.	https://errin.eu/

ERRIN-Programme	European Return und Reintegration Network	ERRIN (European Return and Reintegration Network) ist ein gemeinsames Rückkehr- und Reintegrationsprogramm von zahlreichen europäischen Partnerstaaten unter der Leitung der Niederlande. ERRIN unterstützt die Reintegration von rückkehrenden Personen und wird weitgehend durch die EU finanziert. Mit Hilfe lokaler Partnerorganisationen (meist caritative Hilfsorganisationen) erhalten rückkehrende Personen eine Hilfestellung bei ihren anfänglichen Reintegrationsbemühungen. Die ERRIN-Partner, sogenannte Service Provider, bieten insbesondere folgende Leistungen: <ul style="list-style-type: none"> - Ankunftsservice (Flughafenabholung, kurzfristige Unterkunft) - Individuelle Beratung nach der Ankunft - Unterstützung im Bereich Wohnen (z.B. Grundausstattung, Mietzuschuss) - Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche - Unterstützung bei einer Existenzgründung - Beratung und Unterstützung bei sozialen und medizinischen Angelegenheiten sowie allgemeine Rechtsauskünfte Das Reintegrationsprojekt ERRIN wurde am 30.06.2022 beendet. Reintegrationshilfen können ab 01.07.2022 über das europäische JRS-Programm beantragt werden.	https://www.returningfromgermany.de/de/programmes/erin/
EU	Europäische Union	Durch Beschlüsse des Europäischen Rates (gestützt auf den Maastricht-Vertrag vom 7.2.1992) am 1.11.1993 in Kraft getretene internationale Organisation, welche die bis dahin bestehenden EG-Verträge ergänzt und eine neue Qualität des europäischen Integrationsprozesses darstellt. Allgemeines Ziel der EU ist die weitere Integration Europas, die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Europa sowie die Einführung einer Unionsbürgerschaft. Die EU ist gehalten, ihre Ziele unter Beachtung des sog. Subsidiaritätsprinzips und der Kohäsion (soziale Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten) zu verfolgen.	https://european-union.europa.eu/index_de
EU-BB	EU-Bescheinigungsbehörde für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	Ist die vom Mitgliedstaat benannte nationale, regionale oder lokale Behörde oder Stelle, die die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der gegenüber der EU-Kommission erklärten ab-rechenbaren Ausgaben bescheinigt. Hierunter sind insbesondere <ul style="list-style-type: none"> - das Erstellen und die Vorlage bescheinigter Zahlungsanträge sowie - das Erstellen und die Vorlage der bescheinigten Rechnungslegung für das abgelaufene Geschäftsjahr bei der EU-Kommission zu verstehen. 	https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/glossary/c/certifying-authority
EuGH	Europäischer Gerichtshof	Die Aufgabe des Gerichtshofs der Europäischen Union besteht seit seiner Errichtung im Jahr 1952 darin, „die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung“ der Verträge zu sichern. Zu dieser Aufgabe gehört, dass der Gerichtshof der EU: <ul style="list-style-type: none"> - die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Organe der Europäischen Union überprüft, - darüber wacht, dass die Mitgliedstaaten den Verpflichtungen nachkommen, die sich aus den Verträgen ergeben, - auf Ersuchen nationaler Gerichte das Unionsrecht auslegt. Er ist das Rechtsprechungsorgan der Europäischen Union und wacht im Zusammenwirken mit den Gerichten der Mitgliedstaaten über die einheitliche Anwendung und Auslegung des Unionsrechts.	https://curia.europa.eu/jcms/jcms/i_6/de/
EU-PB	EU-Prüfbehörde für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	Die Prüfbehörde ist in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben funktionell unabhängig von der Verwaltungsbehörde und der Bescheinigungsbehörde. Die Prüfungshandlungen der EU-Prüfbehörden zielen auf die Überprüfung des ordnungsgemäßen Funktionierens des von der Verwaltungsbehörde und der Bescheinigungsbehörde eingerichteten Verwaltungs- und Kontrollsystems ab.	
Europol	Europäisches Polizeiamt	Ist eine Polizeibehörde der EU mit Sitz im niederländischen Den Haag. Sie soll die Arbeit der nationalen Polizeibehörden Europas im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität (OK) koordinieren und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden fördern. Der Grundgedanke von Europol ist die Zusammenführung von bi- und multilateralen Übereinkommen (z.B: TREVI, Schengener Abkommen etc.).	https://www.europol.europa.eu/
Eurostat		Statistisches Amt der EU, in welchem die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Statistiken zu unterschiedlichen Themenbereichen gewährleistet wird.	https://ec.europa.eu/eurostat/de/
EU-VB	EU-Verwaltungsbehörde für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	Ansässig im Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt, Unterteilt in eine EU-VB EFRE/ESF als auch EU-VB ELER.	
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	Die EWG wurde durch die Römischen Verträge (1957) von Deutschland, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten gegründet; sie stellt neben der gleichzeitig gegründeten Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), den zentralen Bestandteil der 1967 geschaffenen Europäischen Gemeinschaften dar. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) wurde die EWG schließlich Teil der EU.	https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/the-parliament-and-the-treaties/treaty-of-rome

EWI	Europäisches Währungsinstitut (von 1994 - 1998)	Der Vertrag über die Europäische Union aus dem Jahr 1992, besser bekannt als „Maastricht-Vertrag“, enthielt einen Fahrplan für die Schaffung einer einheitlichen Währung und einer gemeinsamen Zentralbank für die Europäische Union. In diesem Kontext entstand im Januar 1994 das Europäische Währungsinstitut (EWI). Die Errichtung des EWI war eine Zwischentappe, die für die spätere Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) von entscheidender Bedeutung war. Der Schwerpunkt des EWI lag auf der Errichtung des Europäischen Systems der Zentralbanken einschließlich der EZB und der neuen Währung. Es befasste sich auch mit operativen Aufgaben und trat z.B. an die Stelle des zuvor errichteten Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit.	https://www.ecb.europa.eu/ecb/access_to_documents/archives/emi/html/index.de.html
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	Mit dem EWR wurden die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, der freie Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr, auf die EFTA-Länder (mit Ausnahme der Schweiz) ausgedehnt. Die EFTA-Staaten übernahmen die Binnenmarkt-Regeln der Europäischen Union, also alle zum Funktionieren des einheitlichen Marktes notwendigen Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen. Daneben arbeiten die Mitgliedstaaten auch bei den flankierenden Politiken zusammen - zum Beispiel bei Forschung, Bildung, Umwelt und im Verbraucherschutz. Die im EWR vereinigten derzeit 31 Mitgliedstaaten bilden den größten zusammenhängenden Binnenmarkt der Welt.	https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/169/der-europaische-wirtschaftsraum-ewr-die-schweiz-und-der-norden
EZB	Europäische Zentralbank	Die EZB ist ein offizielles Organ der EU und die zentrale Institution des Eurosystems sowie des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM). Zahlreiche Aufgaben nehmen die Mitarbeitenden der EZB in enger Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kolleginnen der nationalen Zentralbanken des Eurosystems wahr. Im Rahmen der europäischen Bankenaufsicht arbeiten sie innerhalb des SSM mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammen. Die EZB ist die Zentralbank der 19 Länder der Europäischen Union, in denen der Euro verwendet wird. Die wichtigsten Aufgaben sind bspw.: Preis- und Finanzstabilität zu gewährleisten, die Banken im Euroraum zu beaufsichtigen, Euro-Banknoten entwickeln und herstellen, funktionierende Finanzmarktinfrastrukturen zu organisieren und unterstützen.	https://www.ecb.europa.eu/ecb/html/index.de.html
FSIB	Förderservice GmbH der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	Als zwischengeschaltete Stelle verwaltet die FSIB im Auftrag des Landes bzw. der IB verschiedene arbeitsmarktpolitische Programme. In diesem Zusammenhang werden die Aufgaben Antragsprüfung, Vertragsmanagement, Mittelauszahlung und Verwendungsnachweisprüfung wahrgenommen. Die FSIB unterstützt das Land bei der Ausgestaltung, Organisation und Durchführung von wettbewerblichen Verfahren. Mit Hilfe von Ideenwettbewerben bzw. Ausschreibungen wird transparent und nachvollziehbar die Auswahl von ESF-geförderten Projekten realisiert.	https://www.foerderservice-ib.de/
IB Sachsen-Anhalt	Investitionsbank Sachsen-Anhalt	Die IB Sachsen-Anhalt ist eine der bewilligenden Stellen für Projektanträge, die über die ESIF finanziert werden sollen.	https://www.ib-sachsen-anhalt.de/
IBG	IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	Ist ein zentrales Förderinstrument des Landes Sachsen-Anhalt zur Schaffung und Stärkung nachhaltig wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in der Region.	https://www.ibg-vc.de/
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe	Den Vorsitz der IMAG in Sachsen-Anhalt haben die EU-Verwaltungsbehörden. Die Sitzungen dienen der Vorbereitung des Begleitausschusses sowie dem Austausch mit den zuständigen obersten Landesbehörden, Zwischengeschalteten Stellen und den anderen EU-Behörden. Die verantwortlichen Fachministerien können mit den betroffenen Fachreferaten an der Interministeriellen Arbeitsgruppe teilnehmen.	
INTERREG	europäische territoriale Zusammenarbeit	EU-Förderprogramm innerhalb des EFRE. Interreg ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union. Seit mehr als 30 Jahren werden damit grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionen und Städten unterstützt, die das tägliche Leben beeinflussen, zum Beispiel zu Energie und Klimawandel, Umwelt- und Ressourcenschutz, beim Arbeitsmarkt und sozialen Themen und im Verkehr. Interreg wird in vier Schwerpunkten (sogenannten Aktionsbereichen) umgesetzt.	https://www.interreg.de/INTERREG2021/DE/Startseite/home_node.html
JBA	Jugendberufsagentur	Junge Menschen sollen nicht mehr zwischen Agentur für Arbeit, Trägern der Jugendhilfe, Jobcenter sowie anderen Hilfsangeboten hin- und herlaufen müssen, um Informationen für ihre persönliche Lebenssituation zu bekommen. Alle diese Akteure finden sich künftig unter einem Dach, damit junge Menschen nicht im Behördenschlingel verloren gehen. Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Fragen etc.	https://www.magdeburg.de/index.php?ModID=7&FID=37.42168.1&object=tx%7C37.42168.1
LSA	Land Sachsen-Anhalt	Definition selbsterklärend.	
MF	Ministerium der Finanzen	Im Ministerium der Finanzen werden alle Einnahmen und Ausgaben des Landes vorausgeschätzt, geplant und überwacht. Für jedes Jahr wird hier ein Haushaltsplan erstellt. Im MF sind, mit Sitz in Magdeburg, auch die EU-Verwaltungsbehörden (EU-VBen) EFRE/ESF und ELER angesiedelt.	https://mf.sachsen-anhalt.de/ministerium-der-finanzen/

MID	Ministerium für Infrastruktur und Digitales	Das MID befasst sich mit den Aufgabenfeldern Digitales, Verwaltungsmodernisierung, Bauen und Stadtentwicklung, Demografie und Landesplanung, Verkehr und Logistik sowie Geoinformation.	https://mid.sachsen-anhalt.de/
MS	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung	Das MS des Landes Sachsen-Anhalt bearbeitet ein breites inhaltliches Aufgabenspektrum. Es gliedert sich in den Stab und fünf Abteilungen: 1) Service (Innerer Dienst, IT, Personal, Haushalt etc.) 2) Gesundheit und Pflege 3) Soziales und Arbeitsschutz 4) Familie und Jugend 5) Arbeit und Integration	https://ms.sachsen-anhalt.de/aktuelles/
MWL	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten	Das MWL des Landes Sachsen-Anhalt widmet sich aktuellen Fragestellungen rund um die vier Themenbereiche Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft sowie Wald- und Forstwirtschaft. Zudem nimmt es Aufgaben der Landeskartellbehörde wahr. Sie ist zuständig, sofern sich die Auswirkungen der Wettbewerbsbeschränkung auf das Land Sachsen-Anhalt begrenzen. Reichen die Folgen des Wettbewerbsverstoßes über das Landesgebiet hinaus, wird das Bundeskartellamt in Bonn tätig.	https://mw.sachsen-anhalt.de/
WiSo-Beirat	Beirat der Wirtschafts- und Sozialpartner Sachsen-Anhalt	Der WiSo-Beirat ist ein Gremium, welches zum Austausch von Anliegen, Expertenmeinungen und der Anregung von Diskussionen zu aktuellen politischen ESIF-Themen 1-2 Wochen vor dem Begleitausschuss (BA) zusammenkommt. Der WiSo-Beirat setzt sich aus den im BA vertretenen Wirtschafts- und Sozialpartnern des Landes Sachsen-Anhalt, Vertretern der EU-VBen als auch dem WiSo-Kompetenzzentrum zusammen.	
WiSo-Kompetenzzentrum (alt: WKZ)	Kompetenzzentrum der Wirtschafts- und Sozialpartner Sachsen-Anhalt für die ESIF	Das Zentrum stellt eine Schnittstelle zwischen den EU-Verwaltungsbehörden EFRE/ ESF und ELER als Prüf- und Bewilligungsinstanz der ESIF in Sachsen-Anhalt, den WiSo-Partnern als Praxisakteuren und den Vertretern der EU-Kommission im EU-Begleitausschuss dar. Dadurch besitzt es die Legitimation, die Vernetzung und den Austausch verschiedenster Interessenvertretungen aus mehrschichtigen, politischen Ebenen durch Kooperation und Wissenstransfer voranzutreiben.	https://www.ovgu.de/Forschung/Beratung/Forschungsf%C3%B6rderung/WiSo_Kompetenzzentrum-p-119764.html
ZgSt	Zwischengeschaltete Stelle	Gemäß Artikel 23 Absatz 6 VO (EU) 1303/2013 können die Mitgliedstaaten eine oder mehrere Zwischengeschaltete Stellen benennen, die bestimmte Aufgaben der Verwaltungs- oder Bescheinigungsbehörde unter der Verantwortung dieser Behörde ausführen. Diese können z.B. sein: FSIB, Investitionsbank, Landesverwaltungsamt (LVwA)	
Richtlinien, Verordnungen, Regelwerke, Portale			
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU	Zählt zum Primärrecht der EU. Basis des AEUV ist der EWG-Vertrag aus 1957. Änderungen erfolgten durch den Vertrag von Maastricht (EG-Vertrag, EGV), den Vertrag von Nizza und den Vertrag von Lissabon. Seinen heutigen Namen erhielt der AEUV mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009.	https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:12012E/TXT:de:PDF
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel	Die DAS schafft einen Rahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Deutschland. Sie stellt vorrangig den Beitrag des Bundes dar und bietet auf diese Weise eine Orientierung für andere Akteure.	https://www.bmu.de/download/deutsche-anpassungsstrategie-an-den-klimawandel
eCohesion-Portal (neu ab 2022: efDialog)		Das eCohesion-Portal ist eine Kommunikationsplattform für den elektronischen Informationsaustausch, i.d.R. zwischen Zuwendungsempfängern (Antragstellenden) und den Behörden bzw. den vom Land beauftragten Zwischengeschalteten Stellen.	
EEE / ESPD	Einheitliche Europäische Eigenerklärung/ European Single Procurement Document	Eigenerklärung, die von Unternehmen über ihre finanzielle Situation sowie über ihre Befähigung und Eignung zur Teilnahme an einem Vergabeverfahren abgegeben wird. Sie ist in allen EU-Amtssprachen verfügbar und dient bei in der EU durchgeführten Vergabeverfahren als vorläufiger Nachweis über die Erfüllung der jeweils festgelegten Bedingungen.	
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz	Ist ein zentrales Steuerinstrument für den Ausbau von erneuerbaren Energien in Deutschland (u.a. Förderung des Stroms).	https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Dossier/eeg.html
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung	Dieser Fonds soll die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen der Union mindern und die Lebensbedingungen in den strukturschwächsten Regionen verbessern. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei Gebieten mit schweren oder dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen.	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/ueber-die-europaeischen-struktur-und-investitionsfonds/efre/

efReporter3		Elektronisches Datenerfassungs- und Berichtssystem.	
EGV / EG-Vertrag	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft	Der immer wieder (durch Beitritte, Ergänzungen und Änderungen) angepasste EG-Vertrag baut auf den Römischen Verträgen, v. a. auf dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag), und auf den Erweiterungen durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) auf. Mit ihm werden die neuen Aufgaben der Gemeinschaft bestimmt und insb. auf die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgedehnt.	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11957E/TXT&from=EL
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention	Die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten wurde bereits im Jahr 1950 vom Europarat verabschiedet und ist drei Jahre später, am 3. September 1953, in Kraft getreten. Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention wurde erstmals in Europa ein völkerrechtlich verbindlicher Grundrechtsschutz geschaffen, der von Jedermann einklagbar ist. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist damit das wichtigste Menschenrechtsübereinkommen in Europa.	https://www.echr.coe.int/documents/convention_deu.pdf
ESF / ESF+	Europäischer Sozialfonds/ in neuer Förderperiode 2021-2027 Europäischer Sozialfonds Plus	Hauptziel des ESF Plus ist es, zu einem sozialeren Europa beizutragen und die Europäische Säule sozialer Rechte in die Praxis umzusetzen. Der Fonds investiert vor Ort in Maßnahmen, um Menschen bei der Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen zu unterstützen.	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/foerderperiode-2021-bis-2027-efreesf-ift/#:~:text=Die%20sozio%C3%B6konomischen%20Analyse%20f%C3%BCr%20Sachsen,F%C3%B6rderperiode%202021%20bis%202027%20ergeben.
ESI-Fonds (ESIF)	Europäische Struktur- und Investitionsfonds	Gesamtheit der Europäischen Strukturfonds, über welche Operationelle Programme und ihre jeweiligen regionalen Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden können.	https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/funding-opportunities/funding-programmes/overview-funding-programmes/european-structural-and-investment-funds_en
EVTZ	Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit	Wurden geschaffen, um die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten oder deren regionalen und lokalen Behörden zu erleichtern. Durch die EVTZ wird es den Partnern ermöglicht, gemeinsame Projekte umzusetzen, Fachwissen auszutauschen und die Koordinierung der Raumplanung zu verbessern.	https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/98/europaische-territoriale-zusammenarbeit
EzP	Ergänzung zur Programmplanung	Definition selbsterklärend.	
FP	Förderperiode der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF)	Die Förderperiode beschreibt den zeitlichen Rahmen bzw. einen mehrjährigen Programmplanungszeitraum, für den Mittel der ESIF bereitgestellt werden. Sie umfasst sieben Jahre. Die aktuelle Förderperiode läuft von 2021-2027.	
FuE	Forschung und Entwicklung	Definition selbsterklärend.	
Gold-Plating		Der Begriff beschreibt zusätzliche Regularien, die eine Umsetzung der ESIF in den Mitgliedstaaten zeitaufwendig und kostenspielig gestalten und Verzögerungen hervorrufen.	
GRW-Richtlinie	Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	Die "GRW"-Förderung richtet sich an bestehende Unternehmen und Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft.	https://www.ib-sachsen-anhalt.de/unternehmen/investieren-finanzieren/grw-unternehmensfoerderung
GSR / auch: NSRP	Gemeinsamer Strategischer Rahmen/ auch: Nationaler Strategischer Rahmenplan	Der NSRP wurde in der Förderperiode 2007-2013 in der EU-Strukturpolitik erstmals als ein neues Instrument eingeführt. Dieses Dokument soll sicherstellen, dass die Förderung, die ein Mitgliedsstaat durch die EU-Strukturfonds erhält, mit den strategischen Zielen und Prioritäten der Kohäsionspolitik übereinstimmt. Der Plan enthält neben einer ausführlichen Analyse der Stärken und Schwächen der geförderten Gebiete auch eine Darstellung der nationalen Förderstrategie. Er stellt damit auf nationaler Ebene den Orientierungsrahmen für die Ausarbeitung der Operationellen Programme dar. Schließlich soll der Rahmenplan die Verbindung zum Nationalen Reformprogramm darstellen.	
IGEK	Integriertes gemeindliches Entwicklungskonzept	Das IGEEK bildet die konzeptionelle Basis für die Sicherung der Daseinsvorsorge im Gemeindegebiet; trägt wesentlich dazu bei, gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten.	https://demografie.sachsen-anhalt.de/projekte-und-foerderung/integrierte-gemeindliche-entwicklungskonzepte-igek/

IKT	Informations- und Kommunikationstechnik	Der Begriff Informations- und Kommunikationstechnologie (Abkürzung: IKT; alternativ auch IuK) bezeichnet Technik, die zum Erheben, Speichern, Übertragen und Weiterverarbeiten von Daten und Informationen genutzt wird. Zu dieser Technik gehören beispielsweise Computer, Handys/Smartphones und Tablets, aber auch Netzwerke.	https://www.horizont2020.de/einstieg-ikt.htm
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept	Stellt strategische Zielsetzungen als Grundlage für das Handeln von Verwaltung und Politik dar.	https://www.magdeburg.de/index.php?ModID=7&FID=37.19821.1&object=tx%7C37.19821.1
JTF	Just Transition Fund (Fonds für einen gerechten Übergang)	Der JTF ist ein neues EU-Förderinstrument, mit dem diejenigen Gebiete unterstützt werden, die aufgrund des Übergangs der Europäischen Union zu einer klimaneutralen Wirtschaft schwerwiegende sozioökonomische Herausforderungen bewältigen müssen. Wird im Bundesland mit in das OP EFRE eingebunden.	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/foerderperiode-2021-bis-2027-efreesf-jtf/
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen	Der Begriff KMU umfasst Kleinunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen. Das Statistische Bundesamt definiert KMU in Anlehnung an die Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission nach Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen.	https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Kleine-Unternehmen-Mittlere-Unternehmen/Glossar/kmu.html
Lenkungsgruppe		Die Lenkungsgruppen bilden ein Untergremium des Begleitausschusses und stellen ein weiteres institutionelles Partnerschaftsinstrument dar. Sie befassen sich mit der Steuerung der Bewertungsprozesse der ESIF in Sachsen-Anhalt und der fachlichen Begleitung der laut Evaluierungsplan umgesetzten Bewertungsaktivitäten.	
n+2-Regel		Von der KOM gebundene Mittel eines Jahres "n" können von den EU- Mitgliedstaaten in diesem sowie den darauffolgenden zwei Jahren ausgegeben und eine Erstattung bei der EU-KOM beantragt werden (Art. 136 VO (EU) Nr. 1303 / 2013). Ruft ein Mitgliedstaat seine jährlich festgesetzten Tranchen nicht innerhalb dieses Zeitraums ab, so wird die Mittelbindung automatisch aufgehoben und die Mittel fließen zurück in den Gesamthaushalt der EU. --> zwei Jahre gilt ab neuer Förderperiode 2021-2027	
n+3-Regel		Von der KOM gebundene Mittel eines Jahres "n" können von den EU- Mitgliedstaaten in diesem sowie den darauffolgenden drei Jahren ausgegeben und eine Erstattung bei der EU-KOM beantragt werden (Art. 136 VO (EU) Nr. 1303 / 2013). Ruft ein Mitgliedstaat seine jährlich festgesetzten Tranchen nicht innerhalb dieses Zeitraums ab, so wird die Mittelbindung automatisch aufgehoben und die Mittel fließen zurück in den Gesamthaushalt der EU.	
NUTS-Klassifikation	Nomenclature des Unités territoriales statistiques	Hierarchische Aufteilung von Gebietseinheiten für die Statistik, Festlegung der Kofinanzierungsrate für ESIF-finanzierte Projekte, Vergleich der EU-Mitgliedstaaten anhand ihrer Bruttoinlandsprodukte.	https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/nuts/background
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung	Es untersucht Betrugsfälle zu Lasten des EU-Haushalts, Korruption und Fälle schweren Fehlverhaltens innerhalb der EU-Institutionen und entwickelt Strategien zur Betrugsbekämpfung. Trotz seiner Zugehörigkeit zur Europäischen Kommission ist das OLAF operativ unabhängig.	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (europa.eu)
OP	Operationelles Programm	z.B. EFRE, ESF(+), ELER; Alle deutschen Operationellen Programme werden von der deutschen Bundesregierung der Europäischen Kommission zur Prüfung vorgelegt. Diese nimmt nach Prüfung und ggf. erfolgter Modifizierung diese Anträge an.	https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/glossary/operational-programme#:~:text=Bei%20operationellen%20Programmen%20handelt%20es,Verlauf%20des%20Programmplanungszeitraums%20ausgeben%20werden.
OZG	Onlinezugangsgesetz	Das OZG ist ein Gesetz zur Vereinfachung von Verwaltungsleistungen / Digitalisierung von Anträgen usw.	https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/startseite/startseite-node.html
PAK	Projektauswahlkriterien	Bewertungskriterien, nach welchen für eine bestimmte Maßnahme/ Intervention ein Förderantrag auf Genehmigung oder Ablehnung geprüft wird.	

Prioritäten der EU (2019-2024)		<p>Nach den Europawahlen im Mai 2019 legte die EU eine Reihe von Prioritäten fest, die der strategischen und politischen Agenda bis 2024 ihren Stempel aufdrücken. Sie sollen helfen, Antworten auf die größten Herausforderungen zu finden, vor denen die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger stehen. Die Prioritäten sind das Ergebnis eines Dialogs zwischen der politischen Führung der EU, den Ministerinnen und Ministern der einzelnen Mitgliedstaaten, den EU-Institutionen und den Fraktionen im Europäischen Parlament. Im Juni 2019 legten die Führungsspitzen der EU ihre Prioritäten in der Strategischen Agenda der EU für 2019–2024 fest. Die Agenda dient als Ausgangsbasis für die politischen Prioritäten der Europäischen Kommission, die diese vor dem offiziellen Antritt ihrer fünfjährigen Amtszeit festlegt.</p> <p>Priorität 1 - Europäischer Green Deal: Umwandlung der EU in eine moderne, ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft bei gleichzeitiger Erhaltung der natürlichen Umwelt in Europa, Bekämpfung des Klimawandels und Erreichung von CO2-Neutralität und Ressourceneffizienz bis 2050.</p> <p>Priorität 2 - Ein Europa für das digitale Zeitalter: Beschleunigung des digitalen Wandels durch Investitionen in Unternehmen, Forschung und Innovation, Reform des Datenschutzes, Ausstattung der Menschen mit den für eine neue Generation von Technologien erforderlichen Fähigkeiten, und Ausarbeitung entsprechender Vorschriften.</p> <p>Priorität 3 - Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen: Stärkung der EU-Wirtschaft einerseits sowie Sicherung von Arbeitsplätzen, Abbau von Ungleichheiten, Unterstützung von Unternehmen, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion andererseits.</p> <p>Priorität 4 - Ein stärkeres Europa in der Welt: Mehr Gewicht der EU auf der Weltbühne durch eine stärkere Profilierung als Vorreiter eines starken, offenen und fairen Handels, des Multilateralismus und einer regelbasierten Weltordnung. Intensivierung der Beziehungen zu den Nachbarländern und Partnern sowie Ausbau der Fähigkeit der EU zur Krisenbewältigung durch zivile und militärische Kapazitäten.</p> <p>Priorität 5 - Förderung unserer europäischen Lebensweise: Wahrung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler von Gleichheit, Toleranz und sozialer Gerechtigkeit. Bewältigung von Sicherheitsrisiken, Schutz und Beteiligung der Verbraucher*Innen sowie Entwicklung eines Systems für legale und sichere Migration einerseits und effektives Management der EU-Außengrenzen, Modernisierung des EU-Asylsystems und enge Zusammenarbeit mit den Partnerländern andererseits.</p> <p>Priorität 6 - Neuer Schwung für die Demokratie in Europa: Stärkung der demokratischen Prozesse in Europa durch Vertiefung der Beziehungen zum Europäischen Parlament und zu den nationalen Parlamenten, Schutz der Demokratie in der EU vor Einmischung von außen, Transparenz und Integrität während des gesamten Gesetzgebungsprozesses sowie stärkere Einbeziehung der EU-Bürgerinnen und -Bürger in die Gestaltung der Zukunft der EU.</p>	https://european-union.europa.eu/priorities-and-actions/eu-priorities_de
RdErl.	Runderlass	Ein Runderlass ist eine Anweisung einer obersten Bundes- oder Landesbehörde – also z. B. eines Ministeriums – an nachgeordnete Behörden innerhalb ihres jeweiligen Geschäftsbereiches.	
REK	Regionales Entwicklungskonzept	Siehe Verweis auf GRW-Richtlinie integrierte regionale Entwicklungskonzepte	https://www.ib-sachsen-anhalt.de/oeffentliche-einrichtungen/investieren-ausgleichen/grw-infrastrukturfoerderung/integrierte-regionale-entwicklungskonzepte
RIS	Regionale Innovationsstrategie	Die Entwicklung der RIS eines jeden Bundeslandes ist ein kontinuierlicher Prozess, der auf den Ergebnissen einer Grundlagenstudie basiert. In Sachsen-Anhalt sind im Rahmen eines breiten, mehrstufigen Konsultationsprozesses Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eingebunden worden. Die RIS nimmt die Region insgesamt in den Blick und stellt dar, wie das Spezialisierungsprofil des Landes weiterentwickelt werden soll. Sie umreißt den Beitrag des Landes zur Erreichung der übergeordneten Ziele der Europa 2020 Strategie: „intelligentes“, „nachhaltiges“ und „sozial integratives“ Wachstum. Gleichzeitig sollen mit den Fördermitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung gegeben werden.	https://mw.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Publikationen/RIS/Regionale_Innovationsstrategie_2014-2020_final.pdf
RÜMSA	Regionales Übergangsmanagement Sachsen-Anhalt	Es bildet eine passgenaue Unterstützung junger Menschen am Übergang zwischen Schule-Beruf, z.B. indem die vielfältigen vorhandenen regionalen Angebote von Jobcenter, Berufsberatung und Arbeitsagentur, Jugendamt und Schule sowie weiteren Einrichtungen nicht nur sichtbar gemacht, sondern stärker aufeinander abgestimmt werden.	https://ruemsa.sachsen-anhalt.de/
SFC	System for Fund Management in the EU	Elektronisches Datenbanksystem der EU.	https://ec.europa.eu/sfc/en

SIMAP	Système d'information pour les marchés publics	Informationssystem für die öffentliche Vergabe.	SIMAP - Informationen über das öffentliche Auftragswesen in Europa
SÖA / SEA	Sozioökonomische Analyse	Systematische Analyse des Einflusses verschiedener Indikatoren, Einflussfaktoren, Ressourcen, etc.. Ermittlung des konkreten Nutzens und der Wirtschaftlichkeit von bspw. einer Maßnahme/ eines Projektes o.Ä..	
ST	Land Sachsen-Anhalt	Definition selbsterklärend.	https://www.sachsen-anhalt.de/startseite/
STK	Staatskanzlei	Die Staatskanzlei ist die "Behörde" des Ministerpräsidenten. Sie unterstützt den Regierungschef bei der Festlegung und Umsetzung der politischen Richtlinien sowie in seiner Funktion als Repräsentant des Landes. Hier laufen sämtliche Fäden der Regierungs- und Verwaltungsarbeit zusammen. Die Staatskanzlei ist in ständigem Kontakt mit den Ministerien und damit stets informiert über die Umsetzung der politischen Schwerpunktaufgaben in den Ressorts und der nachgeordneten Verwaltung.	https://stk.sachsen-anhalt.de/staatskanzlei-und-ministerium-fuer-kultur/
SWOT-Analyse	Strengths-Weaknesses-Opportunities-Threats-Analyse	Stärken-Schwächen-Chancen-Risiko-Analyse, u.a. im Nationalen Strategischen Rahmenplan verwendet.	https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/swot-analyse-52664
TH	Technische Hilfe	Mit den Mitteln aus der TH werden eine Vielzahl von Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung und Durchführung der Operationellen Programme finanziert. Die Mittel werden eingesetzt für die Unterstützung der EU-Verwaltungsbehörde, der EU Bescheinigungsbehörde und der EU-Prüfbehörde bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Für die Umsetzung, Überwachung und Kontrolle von Maßnahmen im Rahmen der Technischen Hilfe ist ausschließlich die EU-Verwaltungsbehörde zuständig.	https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/ueber-die-europaeischen-struktur-und-investitionsfonds/efre/
VO	Verordnung	VO legen fest, wie bestimmte Gesetze auszuführen sind. Die höchste Norm des Bundesrechts ist in Deutschland die Verfassung (Grundgesetz). Unmittelbar darunter sind die einfachen Bundesgesetze einzuordnen. Es folgen Rechtsverordnungen, Satzungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften. Rechtsverordnungen werden im Vergleich zu Gesetzen im formellen Sinn nicht vom parlamentarischen Gesetzgeber, sondern von der Exekutive (Regierung) auf der Grundlage einer durch ein förmliches Gesetz erteilten Ermächtigung erlassen. Die Voraussetzungen der Verordnungsermächtigung finden sich in Artikel 80 Absatz 1 Grundgesetz. Danach können nur die Bundesregierung, einzelne Bundesminister oder Landesregierungen zur Verordnungsgebung ermächtigt werden. Wichtig: Inhalt, Ausmaß und Zweck der erteilten Ermächtigung müssen im förmlichen Gesetz hinreichend bestimmt sein.	
ZSKG	Zivilschutz-und Katastrophenhilfegesetz	Es bildet eine Rechtsgrundlage für den Bevölkerungsschutz in Deutschland.	https://www.gesetze-im-internet.de/zsg/